

Offener Brief:

Rettet die Volkssolidarität!

Sehr geehrte Mitglieder des Vorstandes der Volkssolidarität Stadtverband Leipzig e.V.,
sehr geehrte Mitglieder, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Volkssolidarität Stadtverband Leipzig e.V.,

wir, Mitglieder, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Volkssolidarität Stadtverband Leipzig e.V., Angehörige von zu betreuenden Senioren und Seniorinnen, sozial Engagierte Menschen – Mitglieder der Gewerkschaften VAB FAU Leipzig, verdi, IG Metall, Mitglieder von Betriebsräten, attac, Sozialforum e.V. und anderen sowie Leipziger Kulturschaffenden, betrachten seit einiger Zeit bestimmte Entwicklungen in der Volkssolidarität Stadtverband Leipzig e.V. mit Sorge.

Aus aktuellem Anlass haben wir uns nun entschlossen, das Bündnis „Rettet die Volkssolidarität“ zu gründen. Bisher gingen wir davon aus, dass sich die Volkssolidarität im Umgang mit den ihr Anvertrauten, Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen positiv von anderen Trägern abhebt. Wir befürchten, dass dies so auf die Volkssolidarität Stadtverband Leipzig e.V. nicht mehr zutrifft. Dies ist umso bedauerlicher, da sich zahlreiche Ehrenamtliche mit Leidenschaft und voller Überzeugung für soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft in den Strukturen der Volkssolidarität engagieren.

Auf der anderen Seite sind aber Verstöße gegen arbeitsrechtliche Bestimmungen durch Geschäftsführung und Personalleitung der Volkssolidarität Stadtverband Leipzig e.V. keine Seltenheit mehr.

So werden zum Beispiel Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bewusst Zuschläge vorenthalten, wenn diese krank werden. O-Ton des Personalleiters J. Schüttel: „Die Mitarbeiter wissen doch, dass sie drei Monate Zeit haben, um das einzuklagen.“

Eine Wohnbereichsleiterin wurde ohne Angabe von Gründen und ohne Anhörung der Betroffenen oder des Betriebsrates „bis auf Weiteres“ freigestellt. Diese hatte sich zuvor für rechtskonforme Dienstpläne und eine qualitativ hochwertige Pflege eingesetzt. Bei Geschäftsführung und Personal- und Heimleitung stieß sie damit auf Unverständnis. Diese verwiesen nur auf die „betriebswirtschaftlichen Auswirkungen“ und verlangten weiterhin Azubis, Praktikanten und FSJler wie volle Kräfte einzusetzen! Dies ist nicht nur gesetzeswidrig, sondern auch gefährlich. In einer außerordentlichen Teambesprechung verlas die Heimleiterin Luft unter völliger Ignorierung von Datenschutz und Fürsorgepflicht die Freistellung und fügte noch ein paar verleumderische Begründungen an, die aber von der Belegschaft zurückgewiesen wurden. Kolleginnen und Kollegen, die sich nun mit der freigestellten Wohnbereichsleiterin solidarisierten, wurde offen durch Heimleiterin Luft gedroht: sollten die Mitarbeiter ein positives Schreiben aufsetzen, dann müssen sie mit negativen Konsequenzen rechnen. Eine erste Konsequenz aus der ablehnenden Haltung der Belegschaft gegen die Anschuldigungen gegen die WBL war, dass nicht die stellvertretende Wohnbereichsleiterin mit den Aufgaben der WBL betraut, sondern eine Kollegin, die erst seit kurzem im Wohnbereich tätig war und sich wohlwollend gegenüber der Heimleitung verhielt.

Weitere Fälle wären aufführbar.

Wir, die Mitglieder des Bündnisses „Rettet die Volkssolidarität“ rufen den Vorstand und die Mitglieder der Volkssolidarität Stadtverband Leipzig e.V. auf, sich für die Neustrukturierung der Geschäftsführung und Personalleitung einzusetzen, damit der gute Ruf der Volkssolidarität wiederhergestellt werden kann und ein Agieren gemäß der Satzung „Miteinander – Füreinander“/“für soziale Gerechtigkeit“ wieder möglich wird.



f: Rettet die Volkssolidarität

<http://volkssoliretten.blogspot.de/>

rettet-die-Volkssoli@firemail.de